

Kontrollure neu unter Kontrolle

REVISIONSAUFSICHT Ab 2008 wacht der Bund über Prüfer und Revisionsgesellschaften. Die zuständige Behörde geht in den nächsten Tagen an die Arbeit. Die Revisionsbranche mahnt zu Pragmatismus und warnt vor Regulierungsflut.

SYNES ERNST

Ein Mammutprogramm wartet auf Frank Schneider, den Direktor der neuen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB): Wer ab 1. Januar 2008 als Prüfer die gesetzlich vorgeschriebenen Revisionen nach neuem Recht durchführen will, braucht dafür die Zulassung durch die RAB. Diese nimmt ab 3. September die Zulassungsgesuche entgegen. «Wir rechnen mit etwa 10 000 bis 15 000 Gesuchen», sagt Schneider. Er hofft, die Herausforderung ohne grössere Probleme zu bewältigen, zumal die neue Behörde E-Government gross schreibt: Die Gestellung läuft elektronisch über das RAB-Internetportal ab. Zu bewältigen ist der Ansturm nur, weil die Zulassung zuerst nur provisorisch erteilt wird. Diese ist dabei vor Ende 2007 zu beantragen. Die definitive Beurteilung erfolgt dann innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Der RAB kommt bei ihrer schwierigen Aufbauarbeit zugute, dass es sich nicht um ein Kind bürokratievernarpter Eltern handelt, sondern von der Revisionsbranche selbst gewünscht wurde. Hans Wey, Vizepräsident der Treuhandkammer: «Die Schweiz darf sich dem Trend nicht verschliessen und darf angesichts der globalen Vernetzung der Wirtschaft keinen Sonderzug fahren.»

Das betonte auch Justizminister Christoph Blocher, als er zur Betriebsaufnahme der RAB sagte: «Ohne den Druck aus den USA hätten wir die Revisionsaufsicht nicht so detailliert geregelt, wie es jetzt der Fall ist.» Damit sprach er die im Gefolge des Enron/Worldcom-Skandale verschärften Corporate-Governance-Vorschriften an (Sarbanes-Oxley Act) an, welche die Schweiz praktisch zwingen, eine von den USA anerkannte Aufsichtsbehörde auf die Beine zu stellen. Andernfalls wären die international tätigen schweizerischen Revisionsfirmen vom US-Markt ausgeschlossen gewesen.

Image der Branche soll steigen

Bei den Wirtschaftsprüfern ist man überzeugt, «dass die neue Behörde zu einem höheren Ansehen der Branche beitragen wird», wie Matthias Jeger, Partner bei PricewaterhouseCoopers (PwC) und Mitglied der Kommission für Wirtschaftsprüfung der Treuhandkammer, sagt. Die Rolle des Wirtschaftsprüfers werde gestärkt,



Verstärkte Kontrolle der Revisoren: Mit der Revisionsaufsichtsbehörde reagiert der Bund auf die Finanzskandale, wie sie in den USA geschehen.

REVISIONSAUFSICHT

Eine neue Behörde nimmt ihre Arbeit auf

Gesetz Das neue Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) regelt die Zulassung von Personen und Unternehmen zur Erbringung von gesetzlich vorgesehenen Revisionsdienstleistungen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen von Publikumsgesellschaften und die Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit.

Behörde Die unabhängige Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit (analog der Eidgenössischen Bankenkommission). Sie finanziert sich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Firmen.

Leitung Direktor der RAB ist der 39-jährige Frank Schneider. Er war früher zehn Jahre als

Wirtschaftsprüfer für PricewaterhouseCoopers tätig und von 2002 bis 2006 in leitender Funktion im Bereich Aufsicht der Schweizer Börse SWX. Den Verwaltungsrat der RAB präsidiert der Berner Rechtsprofessor und frühere Bundesrichter Hans Peter Walter.

www.revisionsaufsichtsbehoerde.ch.



Frank Schneider: Direktor der Revisionsaufsichtsbehörde.

meint auch Peter Athanas, CEO von Ernst & Young, «zumal der Anspruch an Transparenz und Vertrauenswürdigkeit jetzt gesetzlich verankert wird».

Erwartet wird von der Branche auch, dass die RAB dafür Sorge, dass die Berufsstandards noch konsequenter umgesetzt würden. Den Effekt sieht PwC-Mann Jeger darin, «dass die von den Stakeholdern erwartete hohe Qualität der Revisionsdienstleistungen konsistent angeboten wird».

Trotz Wohlwollen der neuen Behörde gegenüber warnen die Betroffenen auch vor Überregulierung. So fordert etwa Jeger von PwC die RAB auf, bei ihrer Tätigkeit auf die nationalen und internationalen Standards abzustellen «und keine eigenen zusätzlichen Regeln zu erlassen». Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, müsse die RAB ihre Tätigkeit etwa mit der Eidgenössischen Bankenkommission koordinieren.

Dank seiner zehnjährigen Berufserfahrung als Wirtschaftsprüfer kennt RAB-Direktor Schneider die Bedürfnisse der Branche. So sagt er, die Inspektionen bei den

Prüfungsunternehmen würden in vielen Fällen gemeinsam mit der EBK erfolgen, um unnötige Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Zudem lege er Wert darauf, dass sich seine Behörde nicht zu einem Wasserkopf entwickle: «Wir werden mit unserem Jahresbudget klar unter den 7 bis 10 Mio Fr. liegen, mit denen man im Parlament gerechnet hat.»

Folgekosten für Kunden

Damit versucht Schneider jenen in der Branche entgegenzukommen, die auf eine Erhöhung der Revisionshonorare für Publikumsgesellschaften hinweisen. Ihre Prüfer haben den grössten Teil der Kosten der RAB zu tragen. Doch es sind nicht nur diese direkten Kosten, die sich für die Prüfkunden auswirken. So sagt Günter Haag, Head of Audit bei KPMG Schweiz: «Die internen Compliance-Kosten als Folge der verschärften Aufsicht werden bei den Prüfgesellschaften bedeutend mehr ins Gewicht fallen.» Zu den Folgekosten gibt es noch keine Schätzungen. Das werde die Praxis zeigen, heisst es allgemein

SPLITTER

Solitaire



Der Anlass stiess schon lange nicht mehr auf die einstige Resonanz, und nur er als Initiator wollte par-

tout nicht einsehen, dass der jährliche Marsch auf die St. Petersinsel für die geladenen Medienvertreter immer mehr zu einer Qual wurde. Jetzt aber geht Volkswirtschaftsminister **Pascal Couchepin** aufs Ganze: Das diesjährige Thema – «Die Zeit, und wie sich ihre Beschleunigung auf die Politik auswirkt» – ist definitiv darauf angelegt, die letzten Sympathisanten abzuhalten. Auch Jean-Jacques Rousseau, das Idol des FDP-Bundesrats, zog sich ja auf die Insel zurück, um die Einsamkeit zu geniessen.

Unbeglaubigt



Es müsste ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich Politiker beim Wort nehmen lassen.

Aber eine solche Absicht gleich als «Vertrag mit dem Volk» anzupreisen, wie dies die SVP und Präsident **Ueli Maurer** als Linksunterzeichnender tun, ist schon etwas dick aufgetragen. Zumal die zweite Unterschrift von Fraktionschef Caspar Baader stammt und somit vom Vertragspartner jegliches Einverständnis fehlt. Und ob ein Notar ein Vertragswerk beglaubigen würde, auf dem eine der beiden Parteien noch ihr Postcheck-Konto verewigt hat, ist ebenfalls zweifelhaft.

Vieldeutig



Wenn die Zahl sieben bei Bundesräten umgehend Gedanken an jenes Gremium weckt, dem anzu-

hören sie die Ehre haben, so muss wohl von «déformation professionnelle» mittleren bis schweren Grads gesprochen werden. Festredner **Samuel Schmid** jedenfalls nahm die sieben Sägemehrlinge am Schwingfest in Aarau zum Anlass, um endlich loszuwerden, dass zwei Tage zuvor an der Bundesratssitzung die Späne flogen. Und so stellte er denn die bis dahin unwiderlegte Behauptung auf, die Weibel seien noch immer damit beschäftigt, das Sägemehl zusammenzuwischen.

Auf Einigkeit folgt neuer Dissens

ECONOMIESUISSE Die Differenzen beim Wirtschaftsdachverband sind beigelegt. Jetzt schert Avenir Suisse aus.

SYNES ERNST

Am Tag der Schweizer Wirtschaft vom Freitag nächster Woche ist Einigkeit angesagt: Die Mitglieder von Economiesuisse werden in der «World of Movie», einer restaurierten und umfunktionierten ehemaligen ABB-Fabrikhalle in Zürich-Oerlikon, eine neue Strategie verabschieden. Diese soll das Ende der Krise markieren, die der Wirtschaftsdachverband seit mehr als einem Jahr durchgemacht hat.

Unterschiedliche Ansichten über politische Themen waren mit ein Auslöser des «Gewitters» gewesen, wie Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler die Turbulenzen im Rückblick bezeichnet. So verschärfte unter anderem die

Frage der Zulassung von Parallelimporten die bestehenden Differenzen zwischen dem mächtigen Industrieverband Swissem und dem Dachverband. Swissem war dafür, weil sie im Unterschied zu Economiesuisse den Kampf gegen die zu hohen Preise höher wertete als den Patentschutz.

Neuer Fokus

Nun kehrt Swissem zurück: Der Branchenverband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie hat – wie auch der Baumeisterverband – seine im vergangenen Jahr eingereichte vorsorgliche Kündigung der Mitgliedschaft bei Economiesuisse zurückgezogen. Bereits vergangene Woche hatte sich Swissem durch eine Kehrtwende bei der Beurteilung der Parallelimport-Frage als «Economiesuisse-kompatibel» präsentiert, wie die «Neue Zürcher Zeitung» titelte.

Mit der Fokussierung auf die acht Kernthemen Finanzen, Steuern, Aussenwirtschaft, Wettbe-

werb, Forschung und Bildung, Infrastruktur, regulatorisches Umfeld sowie allgemeine Wirtschaftspolitik antwortet die neue Strategie auf die Kritik, der Dachverband sei zu stark auf die Interessen der Pharmaindustrie und des Finanzplatzes fixiert.

Besonders entgegen kommt den «Rückkehrern», dass bei spezifischen Branchenanliegen unterschiedliche Meinungen möglich sind und gegenüber Politik und Öffentlichkeit auch kommuniziert werden können. In diesem Rahmen versteht sich Economiesuisse künftig vor allem als «Orchestrator im Netzwerk der Schweizer Wirtschaftsverbände».

Die neue «Dissens-Kultur» wird jetzt schon auf die Probe gestellt: Am gleichen Tag, an dem Economiesuisse die wiedergefundene Einheit pries, plädierte der von der Wirtschaft finanzierte Think Tank Avenir Suisse aus ordnungspolitischen Gründen für die Zulassung von Parallelimporten patentgeschützter Güter.

KARIKATUR DER WOCHE

